

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/42

Bonn, den 3. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Keine Verzögerung!</u>	51

Was die Arbeitnehmer erwarten

Von Max Seidel, MdB

2 - 2a	<u>Atomsperrvertrag wird jetzt ruhiger diskutiert</u>	72
--------	---	----

Mißverständnisse ausgeräumt

Auf der Suche nach weiteren Kompromissen

Von Pierre Simonitsch, Genf

2a	<u>GLOSSE:</u>	23
----	----------------	----

DIE DIERE...

3	<u>Eisberg Spanien</u>	46
---	------------------------	----

Nur ein Zehntel der Politik ist an der Oberfläche sichtbar

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

ANHANG

1 - 5	<u>Berlin wählt am 12. März</u>	249
-------	---------------------------------	-----

Eine Reportage von Günter Markscheffel

Keine Verzögerung!

Was die Arbeitnehmer erwarten

Von Max Seidel, MdB

Seit Monaten drehen sich die Gespräche in den Betrieben um die Frage "Wie steht es um den Arbeitsplatz?". Als es auf das Jahresende 1966 zuzuging, spürten die Arbeiter bereits, daß die Zahl der Aussetzung von Arbeitskräften mehr bedeutet als nur die üblichen Auswirkungen eines winterlichen Saisoneinflusses. An den steil ansteigenden Arbeitslosenziffern konnten sie ermesen, wohin die Reise geht, wenn nicht rasch eingegriffen wird. Wer aber sollte eingreifen? In dieser Situation blickte man zuerst nach Bonn. Dort war doch die untätige Regierung Ehard, - auf deren Konto diese wirtschaftliche Misere anzuschreiben ist - von einer neuen Bundesregierung abgelöst worden. Erstmals sind Sozialdemokraten mit dabei, erstmalig gibt es einen sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsminister. Und so endet jegliches Gespräch in den Betrieben und an den Stempelstellen der Arbeitsämter in der Forderung, die neue Bundesregierung müsse der bedenklichen wirtschaftlichen Entwicklung Einhalt gebieten.

Anders als zuvor konnten die Arbeitnehmer jetzt erleben: die neue Bundesregierung Kiesinger-Brandt handelt; sie handelte rasch, und die Koalitionsparteien gingen ebenso rasch mit.

Unter der Federführung von Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller wurde die Vorlage für das Kreditfinanzierungsgesetz ausgearbeitet, vom Bundeskabinett gutgeheißen und von den Koalitionsparteien sofort parlamentarisch initiativ aufgegriffen. Innerhalb sieben Tagen war das Gesetz verabschiedet.

Das Kreditfinanzierungsgesetz in Höhe von 2,5 Milliarden DM kann jetzt vom Wirtschaftsminister zur Belebung unserer Wirtschaft angewendet werden. Das ist die unverzügliche, volkswirtschaftlich und sozialwirtschaftlich sinnvolle Antwort der Bundesregierung auf die besorgten Fragen der Arbeitnehmer, die genau wissen, daß der sichere Arbeitsplatz ihre Einkommensgrundlage ist, die Vollbeschäftigung ihren Wohlstand bestimmt und eine florierende Wirtschaft gute soziale Leistungen ermöglicht.

Die Arbeitnehmer wissen auch, daß die Maßnahmen, die mit dem Kreditfinanzierungsgesetz ausgelöst werden können, nur die Initialzündung für die Wirtschaft bedeutet. Zur wirksamen weitausholenden Belebung unserer Volkswirtschaft müssen alle Unternehmens- und Arbeitnehmerkräfte mitziehen. Durch diese Tat der Bundesregierung steigen die Hoffnungen der Arbeitnehmer um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes in den Betrieben, ebenso die Hoffnungen der Arbeitslosen an den Stempelstellen, bald wieder einen Arbeitsplatz zu finden.

Nun sollte ohne Zögern die Bundesregierung das ganze Kreditprogramm in Bewegung bringen. Es wäre höchst bedenklich, wenn nach dem Anlaufen des Sofortprogramms in Höhe der 850 Millionen DM die weiteren Kreditmaßnahmen in Höhe von 1.650 Millionen DM zaghaft eingesetzt würden. Damit wäre dem Anstoß des Schwungrades zur Belebung unserer Wirtschaft der eigentliche Schwung genommen und das erstrebte Ziel nicht erreichbar. Der Bundestag muß wachsam sein, damit politische hemmende Kräfte sich nicht in den nächsten Monaten gegen dieses Programm der Bundesregierung quer legen. Die Arbeitnehmer haben diese volkswirtschaftlichen Entscheidungen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien sehr begrüßt. Sie erwarten jetzt die konsequente und vollständige Durchführung dieses Programms.

Atomsperrvertrag wird jetzt ruhiger diskutiert

Mißverständnisse ausgeräumt
Auf der Suche nach weiteren Kompromissen

Von Pierre Simonitsch, Genf

Kein diktatorischer Entwurf eines Atomsperrvertrags kam während der ersten Sitzungswoche des 17-Nationen-Abrüstungsausschusses auf den Konferenztisch und selbst "der prophezeite" massive Druck der Supermächte auf die atomaren Habenichtse blieb aus. Im Gegenteil: die Amerikaner leiteten eine faire Konsultationsrunde ein, die zweitgrößte Atommacht Großbritannien versucht zwischen den beiden "Lagern" zu vermitteln und die Sowjets tun ihr Möglichstes, die Atmosphäre nicht weiter anzuhetzen. Es steht jetzt fest, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen der letzten Monate keinen fixfertigen Vertragstext hervorbrachten. Der Artikel über die Kontrollbestimmungen ist noch nicht paraphiert, bei anderen Klauseln geht es um die Vermeidung unterschiedlicher Interpretationen.

So schließt der geplante Artikel II deutlich jenen "Mitbesitz" am Kernwaffenarsenal einer Atommacht in Form von integrierten Streitkräften aus, erlaubt aber andererseits nicht ausdrücklich die "Mitbestimmung" nichtatomarer Bündnispartner bei der Ausarbeitung der nuklearen Verteidigungsstrategie einer Allianz. Die Sowjetunion hat ihr mündliches Einverständnis gegeben, daß alles, was nicht im Vertragstext verboten ist, gestattet sein soll.

Unerwartete Leidenschaften entzündeten sich an der Kontrollfrage, die besonders den Amerikanern am Herzen liegt. Da die Sowjetunion für eine Kontrolle ihrer eigenen Reaktoren nicht zu haben ist, muß wahrscheinlich eine gewisse Diskriminierung der Staaten ohne Atomwaffenbesitz hingenommen werden. Logisch überlegt kommt es in der Praxis hauptsächlich auf die Überwachung der atomaren Tätigkeit der letztgenannten Staatengruppe an, wenn die Weiterverbreitung von Kernwaffen wirksam unterbunden werden soll. Es liegt im Interesse jedes Unterzeichnerstaates, sicher zu gehen, daß der Nachbar nicht insgeheim Atomwaffen entwickelt. Westliche Diplomaten machen aus ihrer Ansicht kein Geheimnis, daß eine Lösung der politischen und technischen Kontrollprobleme in der Luft liegt. Was die Sowjets - und auch einige neutrale Staaten - nicht zulassen wollen, ist die Selbstkontrolle der EWG-Länder. Moskau stellt sich dem Vernehmen nach aber keineswegs gegen eine Beteiligung von EURATOM an den Kontrollfunktionen. Eine amerikanische Arbeitsformulierung des Artikels III spricht von einer Verpflichtung der Nichtatomstaaten, die Sicherheitsmaßnahmen der Internationalen Atomenergieorganisation anzunehmen, "sobald dies durchführbar ist".

Man bemüht sich jetzt um einen Kompromiß, der sowohl die EWG-Staaten wie den Rest der Welt befriedigen könnte. Während einer bestimmten Übergangsperiode sollen die Inspektoren von EURATOM und der IAEA im Rahmen einer Vereinbarung **g e m e i n s a m** kontrollieren. Die technische Frage ist, **w a s** eigentlich kontrolliert werden muß. Ein hoher amerikanischer Experte erklärte in privaten Gesprächen, vorerst würde es genügen, den Ein- und Ausgang der Kernbrennstoffe bei Reaktoren zu verbuchen. Grundsätzlich müsse der Vertrag auch eine Überprüfung der Anlagen zur Urananreicherung und zur Isotopentrennung beinhalten. Derartige Anlagen, in welchen waffenreines Spaltmaterial hergestellt werden kann, existieren der hohen Bau-

kosten wegen vorläufig nur in den USA und in der Sowjetunion.

Die Experten der US-Abrüstungsagentur bemühten sich während der ersten Konferenzwoche nicht ohne Erfolg, die von verschiedenen Seiten geäußerten Befürchtungen einer technologischen und wirtschaftlichen Diskriminierung der atomaren Habenichtse zu zerstreuen. Die Entwicklung von Atomwaffen habe absolut keinen Einfluß auf die Entwicklung von Reaktoren oder andere Arten friedlicher Nutzung der Kernenergie. Der nutzbare Forschungsabfall eines Atomwaffenprogramms sei sehr begrenzt, und selbst auf diesem Gebiet hätten die USA bisher konsequent alle ihre Erkenntnisse veröffentlicht. Von einer "schweren Benachteiligung" der Nichtatomstaaten durch den geplanten Vertrag könne schon deshalb keine Rede sein, weil eine Absicherung gegen künftige Eventualitäten wie Auslösung eines Atomkriegs aus Versehen, politische Erpressung oder die Eskalation regionaler Konflikte im Interesse aller Länder liegt.

Von einer "Frontbildung" - hier Atomkräfte, hier atomare Habenichtse - ist im übrigen in Genf nichts zu bemerken. Allen nichtatomaren Konferenzteilnehmern gemein ist der Wunsch, rasch zu einem Abkommen zu gelangen, dem bald konkrete Abrüstungsschritte folgen sollen. In der Einschätzung der nationalen Interessen hat beinahe jede Regierung eine eigene Haltung. Man denke nur an die äußerst unterschiedlichen politischen Probleme Italiens, Mexikos, Schwedens und Indiens. Die Diskussion zwischen den künftigen Vertragspartnern um eine ausgeglichene nutzbringende Lösung hat erst begonnen.

+ + +

GLOSSE:

DIE EHRE...

K.M. - Kürzlich hat ein junger Leutnant einen bewaffneten Überfall auf eine Bank in Osnabrück verübt. Er wurde schnell geschnappt; selbstverständlich wird sich die Bundeswehr von ihm trennen. Die Geschichte ist an sich banal, hat aber doch eine bemerkenswerte Seite. Die registriert zu werden verdient. Der Leutnant, einer Transporteinheit angehörend, hatte Aussicht, in Kürze befördert zu werden. Sein Gehalt wäre dann um etwa 250 DM im Monat erhöht worden. Als die Kriminalpolizei ihn vernahm, ergab sich folgendes Frage- und Antwortspiel:

Beamter: "Wer so etwas tut, noch dazu einer in Ihrer Position, der muß doch Gründe gehabt haben."

Leutnant: "Natürlich hatte ich Gründe. Ich war in Schwierigkeiten. Ich hatte Schulden. Und dann waren da diese Ratenzahlungen und alles andere. Es stieg mir über den Kopf."

Beamter: "So etwas kommt vor. Gewiß. Aber ehe man losgeht und eine Bank überfällt da gibt es doch zunächst einige andere Möglichkeiten. Man spricht mit einem älteren Vorgesetzten, man vertraut sich ihm an. Oder man spricht mit einem Kameraden. Man fragt ihn, ob er einen Rat weiß. Oder man fragt ihn rundheraus: ob er einem mal tausend Mark pumpon könnte..."

Leutnant: "Das wäre unter meiner Ehre gewesen."

Wie man hört, soll dem Kriminalbeamten die Luft ausgegangen sein. Er hatte bis dahin nämlich noch nicht gewußt, daß jemandem die Ehre verlorengeht, wenn er eine Bank überfällt...

+ + +

Eisberg Spanien

Nur ein Zehntel der Politik ist an der Oberfläche sichtbar

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Spaniens Innenpolitik gleicht in diesen Wochen einem Eisberg, von dem nur ein Zehntel über der Wasseroberfläche sichtbar ist. Was sich im politischen Raum abspielt, ist in den Kommentarspalten der Zeitungen zu lesen, was sich im Vorhof der Politik tut, steht im Polizeibericht oder kann auf der Straße durch eigenen Augenschein wahrgenommen werden.

Wie schon oft, haben sich die spanischen Exil-Kommunisten als willkommene Helfershelfer der Falange erwiesen. Als KP-Chef Santiago Carrillo in der französischen und italienischen Presse von der "bestehenden oppositionellen Allianz zwischen Kommunisten und Katholiken" sprach, zwang das Falange-Zentralorgan "Arriba" die katholische Seite zu einer Stellungnahme. Am nächsten Tag mußte sich die Zeitschrift "Ecclesia" von den kommunistischen Anbiederungsversuchen über die man besser mit Stillschweigen hinweggegangen wäre, offiziell distanzieren. Die Katholiken müssen, ob sie wollen oder nicht, dem Willen der Falange gehorchen; die vielgelobte Eigenständigkeit ist ihnen abhanden gekommen.

Als in Tarrasa bei Barcelona 16 Personen wegen "illegaler Zusammenkunft" verhaftet wurden, schrieb der neue Erzbischof von Barcelona, Marcelo González-Ruiz, die religiös Interessierten im erzkatholischen Spanien seien nur noch "eine kleine Minderheit". Und der Erzbischof von Madrid, Casimiro Morcillo, warnte vor einem neuen Antiklerikalismus, während gleichzeitig die den Jesuiten nahestehende Zeitschrift "Mundo Social" nüchtern feststellte: "Der Atheismus in Spanien besteht in allen Spielarten und neigt dazu, sich in eine Massenbewegung zu verwandeln."

Als besonders "von der religiösen Gleichgültigkeit und Entfremdung bedroht" bezeichnete das Blatt die Studenten und Arbeiter, die der Kirche ihr enges Verhältnis zur herrschenden Gesellschaftsordnung anlasten.

Spaniens Katholiken sind gespalten. Viele von ihnen neigen nach links, während die Kirchenhierarchie stockkonservativ geblieben ist, abgesehen von einigen Oberhirten. Auch im politischen Raum bilden sie, soweit ihnen der Zugang zur Politik möglich ist, keine Einheit aus einem Guß, sondern praktizieren die alte spanische Tradition der Uneinigkeit, die auch 28 Jahre nach dem Bürgerkrieg nicht überwunden ist.

Die Opposition findet, von einzelnen leicht zu kontrollierenden Streiks und verbotenen Demonstrationen abgesehen, in Spanien nicht statt. Um so leichter ist es für die in den letzten Jahren deutlich in den Hintergrund gedrängten Kräfte der Falange, verlorenen Boden wieder zu erobern. Noch sind hier die Dinge im Fluß, noch weiß niemand, was die nächsten Monate bringen werden. Inzwischen geht das Rätselraten weiter, ob und wann ein neues Kabinett gemäß dem neuen Grundgesetz gebildet und wer dann die führende Rolle spielen wird. Von der Zusammensetzung der neuen Regierung wird es entscheidend abhängen, ob und wie Spanien den vom früheren deutschen Bundeskanzler Adenauer häufig beschworenen "Weg nach Europa" finden kann. Die EWG tut ein Übriges, um diesen Weg in die Liberalisierung und die parlamentarische Demokratie nach westeuropäischem Muster zu erschweren.

Berlin wählt am 12. März

Eine Reportage von Günter Markscheffel

8.10 Uhr, Schöneberger Rathaus, Berlin. Heinrich A l b e r t z Regierender Bürgermeister, steigt aus seinem Dienstwagen Unauffällig betritt der Regierende das Rathaus. 8.15 Uhr sitzt er hinter seinem Schreibtisch, vor sich ausgebreitet Zeitungen, Dienstmeldungen, die während der Nacht eingetroffen sind, und - zwei oder drei Tabakspfeifen. Der Arbeitstag im Schöneberger Rathaus beginnt allgemein um 8.30 Uhr. Aber wenn der persönliche Referent des Regierenden oder ein anderer Beamter zwischen 8.30 und 9.00 Uhr zum Chef kommt, ist dieser schon im Bilde. Er weiß, was in der Nacht geschehen ist, ob es Zwischenfälle gegeben hat und was ihn an diesem Tag an Verpflichtungen erwartet.

* * *

Jetzt, kurz vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksversammlungen, hat der Regierende selbstverständlich ein noch größeres Arbeitspensum zu bewältigen als in Normalzeiten. Er ist Spitzenkandidat seiner Partei und Regierender zugleich. Kein Neuer in Berlin, denn seit einem Jahrzehnt stand er seinem Vorgänger, Willy Brandt, treu zur Seite. Früher hieß es in Berlin B plus A, Brandt plus Albertz. Jetzt drehen die Berliner die Buchstaben um und sagen A plus B, Albertz als Regierender in Berlin, Brandt als Außenminister und Vizekanzler in Bonn.

Wenn man jemanden fragt, ob der Wechsel im Schöneberger Rathaus Entscheidendes verändert hat, wird man erstaunt angeblickt. Außenminister Brandt bleibt für die Berliner "Unser Willy". Und Albertz? Man nannte ihn schon immer "Unser Heinrich". Der Übergang von einem zum anderen wird von der Bevölkerung Berlins als Selbstverständlichkeit betrachtet. Unser Willy - so sagen sie - ist in Bonn genauso richtig wie hier. Wir können uns auf ihn verlassen, denn ohne Berlin kann Bonn gar nicht richtige Politik machen. - Das ist keine Überheblichkeit, sondern die einfache Feststellung, daß Berlin als alte deutsche Hauptstadt aus der Geschichte der deutschen Demokratie nicht wegzudenken ist. In Gespräch mit einem Mann an der Theke wird mir gesagt, daß "der Willy" ja doch nicht anders kann als mit dem ganzen Herzen in Berlin zu sein.

* * *

Zurück zu Heinrich Albertz. Er sieht das genauso. Gewiß, ein anderer Typ. Vielleicht auch anders im Auftreten. Aber weder der eine noch der andere, weder der Willy noch der Heinrich sind Dogmatiker. Für beide ist Politik pulsierendes Leben. Sie formen das Politische wie der Bildhauer den Ton.

Albertz sagt das so, wenn er z.B. über das Verhältnis Westberlins zu Ostberlin spricht:

- * "Wir werden der kalten Luft aus Ostberlin keine noch kältere aus
- * Westberlin entgegensetzen. Im Gegenteil: Fest bestehend auf dem,
- * was die Basis unserer Sicherheit und demokratischen Existenz aus-
- * macht, werden wir gemeinsam mit dem Bund immer wieder die Stellen
- * abklopfen, von denen wir meinen, sie könnten auch nur ein Element

- * einer Verknüpfung zwischen den beiden Teilen unserer Stadt oder
- * auch unseres Landes hergeben."

Der Mann, der so spricht, sitzt vor mir, blinzelt mich etwas an und fügt dann noch hinzu:

- * "Wir empfinden keineswegs Schadenfreude, wenn die SED durch ihre
- * Politik, die sie im Augenblick betreibt; und ihre Pöbelei sich zu-
- * nehmend isoliert. Denn es ist widersinnig, ein befriedetes Deutsch-
- * land und Europa haben zu wollen und zugleich über das starre Ver-
- * halten eines Teiles Deutschlands Genugtuung zu empfinden."

Eigentlich ist mit diesen beiden Sätzen schon der Kern von Heinrich Albertz's Politik dargestellt. Er sucht trotz der Berge von Schwierigkeiten, die in Pankow aufgehäuft worden sind, das Bindende. Er will nicht glauben, daß jene da drüben so stur sind, daß sie um eines Dogmas willen sich selbst, ihre Sache und damit Berlin und Deutschland isolieren.

Man hat nach dem Wechsel im Schöneberger Rathaus oft die Frage gestellt und sie auch an Heinrich Albertz selbst gerichtet, ob nicht manches jetzt anders sei. Diese Frage war überflüssig, sie hat sich selbst beantwortet. Heinrich Albertz steht fest in der Politik der Sozialdemokratischen Partei. Er ist als ihr Spitzenkandidat in Berlin der Exponent eines in vielen Jahren des Kampfes und der Bedrängnis geformten politischen Willens zur Behauptung der Freiheit.

Heinrich Albertz ist nicht der Mann großer Worte. Zur Politik kam er in der Sorge um den Menschen. Aber nicht nur in der Sorge um die materielle Not des Menschen, sondern im Wissen darum, daß die geistige Not den Menschen genauso zermürben kann wie die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder die Furcht vor der Schmälerung seiner materiellen Existenz. Heinrich Albertz, der evangelische Pfarrer aus Breslau, jahrelang Sozialminister im Bundesland Niedersachsen, kam nach Berlin, als Willy Brandt ihn rief, um hier an seiner Seite das in die Tat umzusetzen, was dem jungen Theologen stets vorgeschwebt hat: Das Gestalten eines menschenwürdigen Daseins für alle, die guten Willens sind, des Beistandes bedürfen und auch im weltlichen Bereich die Verbindung zum Geistigen suchen und brauchen.

Mitunter könnte man meinen, Heinrich Albertz philosophiere gern. Das mag richtig sein, aber sein "Philosophieren" ist handfeste Politik, ist Hinweis auf die Praxis. So sagt er z.B.:

- * "Es gibt kein Eigendasein der Wirtschaft, es gibt keine Separation
- * der Wirtschaft von der Politik und von der Gesellschaft, in der sie
- * arbeitet. Das Verhältnis zum Bund z.B., die internen Probleme Ber-
- * lins und die Stellung Berlins innerhalb der Ostpolitik der Bundes-
- * republik machen die Grundlage und den Horizont der Möglichkeiten
- * der Berliner Wirtschaft aus."

So gesehen ist für ihn Berlin ein Kristallisationspunkt, nicht eine "Frontstadt". Albertz will die wirtschaftlichen und politischen Potenzen Berlins freimachen für eine wirksame politische Aktivität, die sich nicht nur in der Verteidigung der demokratischen Ordnung erschöpft, sondern politisch offensiv wird.

Von ihm stammt auch das Wort von den "Heiligen Kühen", von jenen Ecken, über die mancher deutsche Politiker nicht sprechen möchte, weil er glaubt, sich heftiger Kritik auszusetzen. Heinrich Albertz scheut keine

Kritik; er fordert sie sogar heraus. Wenn Hitzköpfe von ihm verlangen, der kommunistischen Sturheit nur mit Sturheit zu begegnen, sagt er lächelnd; es habe keinen Sinn, Dogmatikern dogmatisch entgegenzutreten. Wer das tut, spiele den anderen nur die Bälle zu. Oder umgekehrt: Ein Dogmatiker oder Separatist kann nicht von seinen Irrtümern abgebracht werden, indem man ihm ein anderes Dogma entgegenstellt.

* * *

So distanziert dieser Mann auch manchmal wirkt, er imponiert den Berlinern durch seine offene und ehrliche Sprache.

Als ich ihn bei einem Besuch in einem großen Berliner Betrieb begleitete, machten ihn der Direktor und dessen Mitarbeiter darauf aufmerksam, daß man möglicherweise bei der vorgesehenen Belegschaftsversammlung eine "recht gespannte Stimmung" zu erwarten habe. Der Betrieb mußte Kündigungen aussprechen, und den Arbeiterinnen und Arbeitern ist nicht verborgen geblieben, daß noch weitere Kündigungen zu erwarten sind.

Als Heinrich Albertz nach einem Rundgang durch den Betrieb vor mehr als 1 000 Arbeitern und Angestellten steht, sagt er ihnen ganz offen, was er von der gegenwärtigen Wirtschaftslage hält. Er spricht unverblümt von den Versäumnissen früherer Regierungen in Bonn und sagt, daß jetzt alle gemeinsam anpacken müssen, um so schnell wie möglich aus der Falle der wirtschaftlichen Stagnation herauszukommen. Er beschönigt nichts und macht keine Versprechungen. Im Gegenteil, er sagt den gespannt zuhörenden Arbeiterinnen und Arbeitern, daß der Regierende Bürgermeister und der Senat von Berlin keine Möglichkeit haben, in die private Wirtschaft hineinzureden. Eines könne die Stadt für ihre Bürger aber tun. Sie werde bei weiteren Entlassungen dafür sorgen, daß "keiner ins Freie fällt". Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bundesrepublik sind auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Berlins. Berlin will und kann keine Extrawurst haben. Aber die Bürger Berlins wollen und dürfen nicht noch zusätzlich dafür bestraft werden, daß Unverstand und politisches Unvermögen der Nachkriegszeit ihnen im gespaltenen Deutschland die Last einer gespaltenen Stadt auferlegt haben. - Mit einigen Worten erläutert Heinrich Albertz, was er meint, wenn er sagt, daß "niemand ins Freie fallen" soll. Der Senat wird sich um die Menschen, die vorübergehend arbeitslos werden, kümmern. Aufgabe der Wirtschaft und besonders der privaten Wirtschaft ist es, durch eigene Initiative dafür zu sorgen, daß gemeinsam die gegenwärtigen Schwierigkeiten so schnell wie möglich überwunden werden.

* * *

Seine Mitarbeiter sagen von Heinrich Albertz, er kenne die Verwaltung wie seine Westentasche. Kurz nach seinem Amtsantritt hat er völlig überraschend zahlreiche Verwaltungszweige besucht. Unangemeldet erschien er in den Büros, beobachtete Arbeitsvorgänge und verdichtete seine hierbei gesammelten Erfahrungen und Einblicke in der Forderung nach einer gründlichen Rationalisierung der gesamten Verwaltungsapparatur. Von der Verwaltung unabhängige Gremien sollen demnächst prüfen, was besser gemacht werden kann.

Diese Besuche in den Verwaltungsstellen haben Heinrich Albertz sei Spitznamen "Harun al Albertz" eingetragen, in Anlehnung an jenen arabischen Fürsten Harun al Raschid, der überraschend hier und dort auftauchte, um nach dem Rechten zu sehen.

* * *

Wer sich in diesen Tagen in Berlin umsieht, könnte den Eindruck gewinnen, man stünde nicht unmittelbar vor einer Wahl. Gewiß, die Parteien haben mit Kundgebungen den Wahlkampf eröffnet, man sieht überall Plakate mit mehr oder weniger zur Wahl anregenden Slogans - aber doch

scheint das Gefühl vorzuherrschen, man wolle sich in Berlin nicht allzu sehr in der großen Politik engagieren. Das ist verständlich, denn jeder Berliner weiß, daß das Schicksal der Stadt nicht nur in Berlin entschieden wird. Und doch, trotz aller Temperiertheit des Wahlkampfes schwingt natürlich auch das Bewußtsein mit, wie sehr die Welt auf Berlin blickt. Die meisten Berliner sehen wohl daher im Wahlergebnis auch einen Gradmesser für den Willen zur Selbstbehauptung und ihren unbändigen Drang zur Freiheit.

Wenn der Regierende von diesen Problemen spricht, hört man aus seinem Munde oft das Wort RISIKO. Damit meint er aber nicht eine Politik des ausschließlich vorsichtigen Lavrierens, sondern den Mut zum Risiko, den Mut, der von ihm regierten Stadt eine Aufgabe zuzuweisen, die der veränderten weltpolitischen Situation entspricht. Albertz will nicht nur regieren, er will agieren. Und unter dem Begriff "Mut zum Risiko" versteht er, daß Berlin nicht nur im Sturm, sondern auch in der Flaute segeln kann.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik wirken sich natürlich auch auf Berlin aus. Deswegen möchte Heinrich Albertz, daß noch stärker als bisher die Verflechtung der Westberliner Wirtschaft mit der Bundesrepublik einerseits und mit dem übrigen Europa, auch Ost-Europa, andererseits, gesichert wird. Diese Vorstellung entspricht durch aus den Intentionen der neuen Bundesregierung. Albertz sagt: "Wir liegen mitten in Deutschland und mitten in Europa; das ist unsere Chance. Die einzige, die wir haben. Sie müssen wir nutzen."

* * *

Es ist nicht klar ersichtlich, was sich der CDU-Landesvorsitzende Amrehn kürzlich gedacht haben mag, als er im Wahlkampf behauptete, die starre Haltung Pankows "beweise", daß die Politik des Berliner Senats Schiffbruch erlitten habe. Die Berliner sind für solche Töne sehr höflich. Jeder Berliner weiß, daß der Senat in den vergangenen Monaten auch die geringste Chance genutzt hat, um eine Erneuerung des Passier-scheinabkommens zu erreichen: Jeder Berliner weiß außerdem, daß der Senat alle hierfür erforderlichen Schritte gemeinsam mit der Bundesregierung einleitete; auch mit der früheren Bundesregierung. Wenn Pankow neue Schwierigkeiten auftürmt und wenn Ulbricht Geschmack daran findet, sich als letzten kalten Krieger zu produzieren, dann weiß natürlich auch jeder Berliner, wo die Gründe hierfür zu suchen sind. Er weiß: zuletzt beim Berliner Senat.

Wenn man Heinrich Albertz auf derartige Wahlkampfentgleisungen von Herrn Amrehn anspricht, zuckt er nur mit den Achseln. Und leicht bedauernd sagt er: "Schade, die Leute von der Berliner CDU haben noch immer nicht Tritt fassen können. Man könnte fast glauben, sie wollten die Berliner für dumm verkaufen. Schade!"

Berlins Freie Demokraten fühlen sich offenbar in ihrer Rolle als Regierungspartei recht wohl. Sie verweisen in ihrer Wahlpropaganda auf ihre Mitarbeit im Senat und vermeiden es peinlichst, die Bundespolitik in den Wahlkampf hineinzuziehen. Ihre Hoffnung: Vielleicht können wir Zünglein an der Waage sein! - Die Chancen der FDP werden in Berlin sehr unterschiedlich beurteilt. Niemand möchte gern Prophet sein, aber oft wird die Befürchtung geäußert, daß die FDP vielleicht noch einen Stimmentrückgang zu verzeichnen haben wird.

Die kommunistische SED ist recht aktiv. Man sieht ihre Plakate besonders in den Arbeiterbezirken. Was sich jedoch die SED dabei vorstellt, wenn sie "Frischen Wind ins Rathaus" fordert, bleibt allen Berlinern unerfindlich. In SED-Versammlungen wird darüber geredet, daß

nur Herr Ulbricht den Frieden wolle, daß Albertz, Brandt, Amrehn und Kiesinger "revanchelüstern" seien und daß die Berliner endlich dafür sorgen sollten, daß ihre ganze Stadt "Hauptstadt des einzigen Staates der Arbeiter und Bauern" werde.

In Berlin sagt man zu solchen Tiraden nur "Denkste...!"

* * *

Vielleicht ändert sich das Wahlklima noch etwas. Wer aber jetzt schon wissen will, wo und wie das politische Herz der Berliner schlägt, sollte in die Versammlungen der einzelnen Stadtbezirke gehen. Allzu häufig wird nämlich "draußen" vergessen, daß die Berliner Bevölkerung am 12. März nicht nur den Senat neu wählt, sondern auch die Bezirksparlamente.

Berlin hat zwölf Bezirke mit eigenen Parlamenten. Hier wird hart gerungen um die Probleme der Kommunalpolitik. Hier geht es nicht nur um die Frage, welchen Platz Berlin in der gesamtdeutschen und europäischen Politik einnehmen kann; hier wird gestritten um das Krankenhaus, um die Schule und um die wichtigen Versorgungseinrichtungen. Man will wissen, wie sich der Bezirksbürgermeister den Ausbau der Verkehrsverbindungen vorstellt und man diskutiert darüber, wie die neue Schule oder ein neues Hallenschwimmbad ausssehen sollen. Dabei steht der Wohnungsbau an hervorragender Stelle. Berlin hat eine großzügige Gesamtplanung für Wohnungs- und Straßenbau angelegt. Aber die Bewohner der Stadtbezirke wollen genau wissen, ob und wie ihre berechtigten Belange in diese Gesamtplanung eingefügt werden. Dabei kommt es nicht selten vor, daß ein sozialdemokratischer Bezirksbürgermeister mit seinem sozialdemokratischen Kollegen im Nachbarbezirk einen Strauß auszufechten hat. Wenn das gelegentlich geschieht, dann macht man daraus keine große Affäre. Man weiß und respektiert, daß es auch unter Sozialdemokraten Meinungsverschiedenheiten geben kann, man hört sich Argument und Gegenargument an und betrachtet schließlich die Suche nach der besten Lösung eines Problems als das Salz der Demokratie.

* * *

Auch das alles muß der Regierende in die Berliner Gesamtpolitik einkalkulieren. Es sind dies die Mosaiksteine eines großen gesellschaftspolitischen Werkes. Aus vielen vielen kleinen Dingen fügt sich das Ganze zusammen. Wer weiß schon in der Bundesrepublik, daß Berlin zwischen Moskau und Paris die größte Industriestadt Europas ist?

Hier ist eine Kraft, deren politische und wirtschaftliche Bedeutung oft verkannt wird. Deswegen sagt Heinrich Albertz im Gespräch: "Berlin muß kein Besichtigungsort und kein zoologischer Garten. Diese Stadt muß fähig sein, fest auf beiden Beinen zu stehen und die Brücke über den Abgrund der Spaltung zu bauen." - In dieser Bemerkung spürt man die verhaltene Kraft, die von der "größten Industriestadt zwischen Moskau und Paris" ausströmt.

Wer die Berliner in diesen Tagen beobachtet, wer sich auf ihre Antenne einstellt und mit ihnen fühlt, der weiß, daß auch die Wahl am 12. März eine Bestätigung für den Lebenswillen der alten deutschen Hauptstadt sein wird. Die Berliner haben trotz schwerster Bedrängnis immer aufrecht gestanden; sie werden auch jetzt wieder zeigen, daß ihr klarer Blick für das Wesentliche und ihr Selbstbewußtsein der beste Ausdruck guter deutscher Politik ist.

+ + +